

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Lea Heidbreder und Paul Bunjes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Parkinson-Erkrankung durch Pestizideinsatz bei Beschäftigten in Landwirtschaft und Weinbau

Der Ärztliche Sachverständigenbeirat Berufskrankheiten beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat empfohlen, das „Parkinson-Syndrom durch langfristig, häufig und selbst angewendete Pestizide“ als Berufskrankheit anzuerkennen. Grundlage hierfür sind wissenschaftliche Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen einer langjährigen beruflichen Exposition gegenüber bestimmten Pestiziden und einem erhöhten Risiko für Parkinson-Erkrankungen. Betroffen sind insbesondere Beschäftigte in Landwirtschaft, Weinbau und Gartenbau, die über viele Jahre Pflanzenschutzmittel anwenden. Für die rund 71 000 Beschäftigten (Stand 2023) in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft bzw. Weinbau ist ein wirksamer Arbeits- und Gesundheitsschutz daher besonders wichtig.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge auf Anerkennung einer Parkinson-Erkrankung als Berufskrankheit liegen von Beschäftigten in der Landwirtschaft bzw. Weinbau aus Rheinland-Pfalz aktuell vor?
2. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Landesregierung in Rheinland-Pfalz Parkinson-Erkrankungen von in der Landwirtschaft bzw. Weinbau Beschäftigten als Berufskrankheit bislang anerkannt?

3. Welche Maßnahmen werden von der Landesregierung ergriffen, um Beschäftigte in Landwirtschaft bzw. Weinbau wirksam vor gesundheitlichen Risiken durch Pestizide zu schützen?
4. Gibt es nach Ansicht der Landesregierung derzeit Defizite in der Beratung bzw. Ausbildung für die Anwendung von Pestiziden in der Landwirtschaft bzw. Weinbau?
5. Wie hat sich der Einsatz von Pestiziden in Rheinland-Pfalz seit dem Jahr 2021 entwickelt?
6. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung den Einsatz von Pestiziden in Landwirtschaft bzw. Weinbau bis 2031 reduzieren?

Dr. Lea Heidbreder und Paul Bunjes